

# Straßenverkehrsrecht

Hentschel / König / Dauer

46. Auflage 2021  
ISBN 978-3-406-75442-5  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen. [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

schung erfolgt unabhängig davon, ob die Entscheidungen bereits in das FAER eingetragen waren oder nicht. Gelöscht werden **nur die Punkte**, nicht aber die ihnen zugrunde liegenden Entscheidungen über rechtskräftig geahndete Straftaten oder OWi (Begr BT-Drs. 17/12636 S. 40 = VklBl. 13 1141, *Albrecht SVR* 13 441 (448), s. auch BVerwG NJW 11 1690, 27.9.12 NJW 13 552 zu § 4 aF). Diese Eintragungen bleiben so lange im FAER, bis sie nach § 29 zu löschen sind, können also auch in einem späteren, erneuten Entziehungsverfahren (zB nach § 3 I) zum Nachteil des FEInhabers berücksichtigt werden (OVG Münster NJW 11 2985 (zu § 4 aF), 17.2.20 – 16 B 885/19 NJW 20 2047, VGH Mü NJW 14 3802).

Die Löschung der Punkte erfolgt **mit jeder Erteilung einer FE** (III S. 1, 2), soweit nicht ausdrücklich Ausnahmen von diesem Grundsatz normiert sind (III S. 4). Bei **Ersterteilung** einer FE fallen die Punkte für vor der Ersterteilung rechtskräftig gewordene Entscheidungen über Straftaten oder OWi weg, die der Betr bereits als Nichtinhaber einer FE, zB als Rad- oder Mofafahrer oder durch Fahren eines fahrerlaubnispflichtigen Kfz ohne FE, gesammelt hat. Bei **Neuerterteilung** einer FE fallen alle Punkte für vor dieser Neuerterteilung rechtskräftig gewordene Entscheidungen über Straftaten oder OWi weg. III S. 3 stellt ausdrücklich klar, dass dies auch bei Neuerterteilung einer FE gilt, wenn die FE zuvor entzogen (III S. 3 Nr. 1) oder wenn zuvor eine isolierte Sperre für die Erteilung einer FE nach § 69a I S. 3 StGB angeordnet worden ist (III S. 3 Nr. 2). Mit Entziehung ist jede EdF gemeint, auch unabhängig vom FEigBewSystem (BVerwG NJW 11 1690, VGH Ma DAR 04 356, VRS 122 166 jeweils zu § 4 aF), durch die FEB oder den Strafrichter, zB gem. § 3 wegen Ungeeignetheit oder mangelnder Befähigung oder gem. § 2a II S. 1 Nr. 3 wegen wiederholter Nichtbewährung in der Probezeit, aber auch nach § 4 V S. 1 Nr. 3 wegen Erreichens von 8 Punkten oder nach § 69 StGB.

Während der **Verzicht auf die FE** bis 30.4.14 nicht zur Löschung der Punkte führte (Begr zu § 4 II S. 3 aF BT-Drs. 13/6914 S. 69 = VklBl. 98 794, BVerwG NJW 11 1690), werden die Punkte nach der seit 1.5.14 gültigen Regelung mit Neuerterteilung der FE auch dann gelöscht, wenn der Betr auf seine FE verzichtet hatte (III S. 3 Nr. 3). Dies wird damit begründet, dass die FEB den Betr auch in diesem Fall wieder als geeignet zum Führen von Kfz einstuft (Begr Rn. 9). Um die dadurch geschaffene Möglichkeit abzumildern, sich durch Verzicht auf die FE und kurz danach gestellten Neuantrag von allen Punkten zu befreien, ist eine Sperrfrist von sechs Monaten und idR die Anordnung der Beibringung eines medizinisch-psychologischen Gutachtens vorgeschrieben, wenn zum Zeitpunkt der Wirksamkeit des Verzichts (§ 2 Rn. 25) mindestens zwei Entscheidungen über Zuwiderhandlungen, also mindestens zwei Punkte, im FAER eingetragen waren (X S. 2 und 4, Begr Rn. 9, 19). Löschung der Punkte gem. III S. 3 Nr. 3 erfolgt nur, wenn der FEInhaber vollständig auf seine FE verzichtet hatte, nicht bei Teilverzicht.

Zuvor erfolgte **Versagung einer FE** hindert Löschung der Punkte mit Erteilung der FE nicht, denn mit der Erteilung wird das nunmehrige Vorliegen aller Erteilungsvoraussetzungen von der FEB bejaht. Die Versagung selbst führt nicht zur Punktelöschung (vgl. BVerwG 27.9.12 NJW 13 552, VGH Ma VRS 122 166 zur überholten früheren Rechtslage).

Abw von III S. 1–3 erfolgt **keine Löschung der Punkte** in den in III S. 4 ausdrücklich geregelten **Ausnahmefällen**, weil hier vor Neuerterteilung der FE **keine vollständige Eignungsprüfung** durch die FEB durchgeführt wird. In diesen Fällen wird der Punktestand zur Erkennung wiederholter auffälliger FEInhaber weitergeführt (Begr BT-Drs. 17/13452 S. 7 = VklBl. 13 1141 und Begr Rn. 22, VGH Ma NJW 16 1259). In der Zeit 1.5. – 4.12.14 war normiert, dass Punktelöschung ausnahmsweise nicht stattfindet bei Neuerterteilung der FE nach EdF gem. § 2a III wegen Nichtteilnahme an einem im Rahmen der Regelungen über die FE auf Probe angeordneten Aufbauseminar (III S. 4 Nr. 1), bei Verlängerung einer befristeten FE (III S. 4 Nr. 2) und bei Neuerterteilung einer FE nach Erlöschen einer befristeten FE (III S. 4 Nr. 3).

In der Zeit 1.5.–4.12.14 war im Hinblick auf den klaren Wortlaut fraglich, ob analoge Anwendung von III S. 4 auf andere damals in III S. 4 nicht genannte Fälle möglich war, in denen vor FEerteilung ebenfalls keine regelgerechte Prüfung der Eignung zum Führen von Kfz erfolgt, da bereits eine FE vorhanden ist, die als solche nicht in Frage steht. Dies konnte in Betracht gezogen werden, weil es sich bei der Nichterwähnung weiterer vergleichbarer Fallkonstellationen offenkundig um ein versehentliches, dem Normzweck zuwiderlaufendes Regelungsversäumnis des GGebers handelte. Durch ÄndG v. 28.11.14 (BGBl. I S. 1802, Begr Rn. 22) wurde diese Gesetzeslücke mWv 5.12.14 geschlossen und III S. 4 ausdrücklich in der Weise erweitert, dass als III S. 4 Nr. 4 und 5 die Erweiterung einer FE auf weitere Klassen und die vereinfachte Erteilung einer FE an Inhaber einer DienstFE oder Inhaber einer ausländischen FE aufgenommen wurden. Seit 5.12.14 kommt es somit nun abweichend von III S. 1–3 eindeutig nicht zur Löschung der

## I StVG § 4

### I. Verkehrsvorschriften

Punkte auch bei Erweiterung einer FE oder bei vereinfachter Erteilung einer FE nach §§ 27, 30, 31 FeV.

- 58 Weiter ist durch Einfügung von § 65 III Nr. 7 durch ÄndG v. 28.11.14 (BGBl. I S. 1802, Begr Rn. 23) mWv 5.12.14 festgelegt worden, dass im Falle einer **EdF vor dem 1.5.14** nach § 4 VII aF **wegen Nichtteilnahme an einem angeordneten Aufbauseminar** die Erteilung einer neuen FE ebenfalls **nicht** zur **Punkttilschung** führt, so wie bis 30.4.14 in § 4 II S. 4 aF geregelt war, dass EdF in diesen Fällen keine Punkteslöschung zur Folge hatte. In der Zeit 1.5.–4.12.14 ergab sich dies aus einer entsprechenden Anwendung der in III S. 4 enthaltenen Ausnahmeregelung, da auch insoweit eine planwidrige Regelungslücke vorlag (VGH Ma NJW 16 1259). Eine Ausnahme von der Regelung des § 65 III Nr. 7 kann in Betracht kommen, wenn der Punktestand nach EdF gem. § 4 VII S. 1 aF wegen weiterer nach der EdF begangener oder bekanntgewordener Zuwiderhandlungen auf 18 bzw. heute 8 oder mehr angestiegen war, die FEB deshalb die Neuerteilung der FE von der Beibringung eines positiven medizinisch-psychologischen Gutachtens abhängig gemacht und der Betr ein solches Gutachten beigebracht hat. In diesem Fall können die Punkte abweichend von § 65 III Nr. 7 in entsprechender Anwendung von III S. 1–3 gelöscht werden, weil der Neuerteilung dann anders als in den Fällen des III S. 4 und § 65 III Nr. 7 eine Eignungsüberprüfung vorausgegangen ist (s. OVG Münster 5.3.14 VRS 126 124 zur früheren Rechtslage).
- 59 g) **Rolle des KBA.** Das KBA führt das FAER (§ 2 I Nr. 2 Buchst. a KBAGesetz, § 28 Rn. 16). Die Punkte werden vom KBA auf Grund der bei ihm eingehenden Mitteilungen über rechtskräftige Entscheidungen der Gerichte und VB und von Mitteilungen über Umstände, die zu Punktereduzierungen führen, registriert. Dabei nimmt das KBA **keine verbindliche Punktebewertung** und -berechnung vor (Begr Rn. 18, § 28 Rn. 35; zum Rechtscharakter der Eintragung in das FAER s. § 28 Rn. 17).
- 60 Damit die zuständige FEB die nach dem jeweiligen Punktestand vorgesehenen Maßnahmen nach Abs. V treffen kann, **übermittelt ihr das KBA** jeweils bei Erreichen dieser – unverbindlich durch das KBA errechneten – Punktzahlen die vorhandenen **Eintragungen** (VIII S. 1). Mitteilungen nach VIII S. 1 haben nur zu erfolgen, wenn eine der in V vorgesehenen Maßnahmen ausgelöst wird, also bei Erreichen eines Punktestandes von 4, 6 und 8 Punkten, nicht bei Erhöhung zB von 4 auf 5 Punkte. Die **FEB ist nicht verpflichtet**, vor dem Ergreifen von Maßnahmen beim KBA **nachzufragen**, ob nach dessen Mitteilung nach VIII S. 1 weitere Eintragungen im FAER erfolgt sind (BVerwG 26.1.17 – 3 C 21/15 NJW 17 2933 Rn. 27, OVG Lüneburg SVR 14 351 (zu § 4 VI aF), VGH Mü VRS 129 27, VG Bra 18.10.18 – 6 A 270/17 BeckRS 2018, 30267). Aus einem Unterbleiben der KBA-Mitteilung an die FEB entgegen VIII kann der Betr keinen Vertrauensschutz ableiten, es würden keine Maßnahmen ergriffen (VGH Mü DAR 14 281 zu § 4 VI aF).
- 61 Das KBA unterrichtet die FEB zusätzlich unabhängig vom Erreichen der Maßnahmenstufen immer dann, wenn rechtskräftige Entscheidungen wegen Straftaten oder OWi nach §§ 315c I Nr. 1 Buchst. a, 316, 323a StGB oder §§ 24a, 24c StVG in das FAER eingetragen werden (VIII S. 2), weil die FEB bei wiederholten Zuwiderhandlungen unter Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln gem. §§ 13 S. 1 Nr. 2 Buchst. b, 14 II Nr. 3 FeV unabhängig vom FEigBewSystem die Fahreignung überprüfen muss und somit in diesen Fällen nicht das Erreichen der nächsten Maßnahmenschwelle nach dem FEigBewSystem abgewartet werden kann (Begr Rn. 18, Dauer NZV 13 209 (211)).
- 62 h) **Anspruch auf Auskunft über Punktestand.** Jeder hat gem. § 30 VIII einen Anspruch auf Auskunft durch das **KBA** über den ihn betreffenden Inhalt des FAER und den Punktestand. Die Auskunft wird gegen Vorlage eines Identitätsnachweises kostenlos gewährt (§ 30 Rn. 6). Da das KBA keine verbindliche Bewertung mit Punkten vornimmt (§ 28 Rn. 35), erfährt der Betroffene auf diese Weise nur die rechtlich unverbindliche Punktebewertung des KBA. Ein Anspruch gegen die **FEB** auf verbindliche Auskunft über Punktestand und etwaige Punktereduzierung vor einer von der FEB nach dem FEigBewSystem zu treffenden Maßnahme besteht nicht (VGH Ma NJW 07 1706 (Aufhebung von VG Stu DAR 06 469), VG Fra NJW 01 3500 jeweils zum früheren Punktsystem).
- 63 i) **Umstellung der Punktestände am 1.5.14.** Die Übergangsbestimmung des § 65 III Nr. 4 hat die Umstellung der Punktestände nach dem früheren Punktsystem in die Punktesystematik nach dem FEigBewSystem zum 1.5.14 wie folgt geregelt:

| Punktestand bis 30.4.2014 | Punktestand ab 1.5.14 |
|---------------------------|-----------------------|
| 1–3                       | 1                     |
| 4–5                       | 2                     |
| 6–7                       | 3                     |
| 8–10                      | 4                     |
| 11–13                     | 5                     |
| 14–15                     | 6                     |
| 16–17                     | 7                     |
| > = 18                    | 8                     |

Vor der Umstellung waren alle Punkte für Zuwiderhandlungen, die seit 1.5.14 nicht mehr zu Punkten führen und gem. § 65 III Nr. 1 am 1.5.14 gelöscht worden sind, herauszurechnen, denn sie wurden gleichzeitig mit der Umstellung der Punkte gelöscht. Die Bewertung am 30.4.14 im damaligen VZR eingetragener Entscheidungen mit Punkten ist – soweit keine Löschung nach § 65 III Nr. 1 erfolgt ist – **am 1.5.14** gem. § 65 III Nr. 4 S. 1 nach der vorstehend abgedruckten Systematik **kraft Gesetzes** auf die seit 1.5.14 gültigen Punkte nach dem FEigBewSystem **umgestellt** worden. Ob das KBA tatsächlich am 1.5.14 die Anzahl der Punkte im Register geändert hat, ist dabei unerheblich, denn die Umstellung erfolgte kraft Gesetzes. Die Berechnung durch das KBA ist auch rechtlich unverbindlich, da allein die zuständige FEB zur verbindlichen Berechnung des Punktestandes befugt ist. – Die vom GGeber gewählte Umrechnungsmethode ist rechtlich nicht zu beanstanden, auch wenn eine Einzelumrechnung der vor dem 1.5.14 eingetragenen alten Punkte zu einem für den Betr. besseren Ergebnis geführt hätte (VG Göttingen DAR 15 38).

Aus der Anzahl der Punkte, die sich auf diese Weise am 1.5.14 ergeben hat, folgt automatisch, in welche **Stufe des FEigBewSystems** die mit Punkten belasteten Personen **am 1.5.14** eingeordnet waren (Begr. Rn. 20). Für Maßnahmen nach V S. 1 war ab 1.5.14 die an diesem Tag erreichte Stufe zugrunde zu legen (§ 65 III Nr. 4 S. 2), wobei die durch die Umstellung der Punkte nach § 65 III Nr. 4 S. 1 am 1.5.14 erfolgte Einordnung allein nicht zu einer Maßnahme nach dem FEigBewSystem führte (§ 65 III Nr. 4 S. 3, BVerwG NJW 17 2933, VGH Ka VRS 130 324). Maßnahmen nach V S. 1 konnten und können somit in der Folgezeit nur dann ergriffen werden, wenn sich eine Änderung der bei der Umstellung am 1.5.14 erreichten Anzahl an Punkten ergab oder ergibt, die Anlass zu einer Maßnahme war oder ist (OVG Bautzen SächsVBl 16 84, OVG Hb ZfS 16 116, OVG Mgd 4.9.18 3 M 307/18). Mit Blick auf VI S. 1 wird dadurch umgekehrt auch zum Ausdruck gebracht, dass **nach altem Recht vorgenommene Maßnahmen** insoweit „angerechnet“ werden, als sie einer der nunmehr zu ergreifenden Maßnahme vorgelagerten Maßnahmestufe entsprechen (OVG Hb ZfS 16 116, OVG Mgd 4.9.18 3 M 307/18, Koehl NJW 18 1281 (1282)), auch wenn es insoweit an einer ausdrücklichen Übergangsbestimmung fehlt (Plate DAR 14 565). Eine Änderung des Punktestandes innerhalb der nach Umrechnung gem. § 65 III Nr. 4 erreichten Maßnahmenstufe durch neu hinzukommende Punkte, also von 4 auf 5 oder von 6 auf 7 Punkte, gab und gibt keine Veranlassung für eine Maßnahme nach V S. 1, denn Maßnahmen sind nur bei erstmaligem Erreichen einer Stufe und nicht bei Anstieg des Punktestandes innerhalb einer Stufe zu ergreifen (Rn. 70, 84, VGH Mü NJW 16 1836). Nur eine für die Anwendung des FEigBewSystems relevante Zuwiderhandlung und das dadurch bewirkte erstmalige Erreichen einer Maßnahmenstufe führte oder führt nach der Umstellung der Punkte am 1.5.14 zu einer Maßnahme (Begr. Rn. 20).

Für Entscheidungen, die **bis 30.4.14 begangene Taten** ahnden und erst **ab 1.5.14 im FAER gespeichert** wurden, gelten in **Abweichung vom Tattagprinzip** die seit 1.5.14 geltenden Regelungen (§ 65 III Nr. 3, dazu § 28 Rn. 31). Diese Entscheidungen waren nie im ehemaligen VZR, sondern nur im FAER gespeichert; die Punkte konnten demnach nicht gem. § 65 III Nr. 4 umgerechnet werden (OVG Hb ZfS 16 116). Diese Zuwiderhandlungen sind auch nicht nachträglich in die Umrechnung der Punkte nach § 65 III Nr. 4 einzubeziehen. Sie werden vielmehr nach den seit 1.5.14 geltenden Bestimmungen bewertet (BVerwG NJW 17 2933) und können somit einen Anstieg des nach Umrechnung erreichten Punktestandes bewirken (OVG Münster NJW 15 2138).

Eine Spezialregelung gibt es für **Punktereduzierungen**, die **nachträglich** nach dem 1.5.14 nach der Übergangsvorschrift § 65 III Nr. 2 erfolgen, weil vor dem 1.5.14 im früheren VZR gespeicherte Entscheidungen noch für eine Übergangszeit von 5 Jahren nach § 29 aF getilgt und gelöscht werden (§ 65 III Nr. 6). Punktereduzierungen werden in diesem Fall in dem vor dem

1.5.14 bestehenden früheren Rechensystem vollzogen; dann erfolgt erneut eine – dann korrigierte – Überführung in die seit 1.5.14 gültige Punktesystematik nach der oben (Rn. 63) abgedruckten Überführungstabelle (Begr Rn. 21). Da in § 65 III Nr. 6 von einer *Aktualisierung* der nach der Tabelle zu Nr. 4 erreichten Stufe im FEigBewSystem die Rede ist, ist davon auszugehen, dass entsprechend § 65 III Nr. 4 S. 3 eine solche Aktualisierung allein nicht zu einer Maßnahme nach dem FEigBewSystem führt.

- 67 Die Übergangsvorschrift § 65 III Nr. 6 bezieht sich auch auf *nachträgliche Veränderungen des Punktestandes* nach § 65 III Nr. 5. Die Regelung geht insoweit ins Leere, weil es nach § 65 III Nr. 5 nachträgliche Änderungen des Punktestandes nicht geben kann. Die Punkteabzüge gem. § 65 III Nr. 5 Buchst. a S. 1 wurden spätestens am 30.4.14 wirksam, also vor Inkrafttreten der Neuregelungen am 1.5.14. Andere Punkteabzüge nach § 65 III Nr. 5 kann es nicht geben.
- 68 2. Abs. IV hat die im früheren Punktsystem nicht bekannte Kategorie der **Vormerkung** eingeführt. Sie ist **keine Maßnahmenstufe** des FEigBewSystems (Begr BT-Drs. 17/12636 S. 21, 42 = VkB. 13 1120, 1144, *Albrecht SVR* 13 441 (449)). Gegenüber der Rechtslage vor dem 1.5.14 hat sich in der Sache nichts geändert: Im früheren Punktsystem wurden keine Maßnahmen gegen FEInhaber ergriffen, die noch nicht die erste Maßnahmenstufe (damals ab 8 Punkten) erreicht hatten; nichts anderes gilt auch für das FEigBewSystem (jetzt ab 4 Punkten). Die Aussage des IV – von einer Regelung kann nicht gesprochen werden – ist allein plakativer Natur. Es soll deutlich gemacht werden, dass Eintragungen im FAER bis zu drei Punkten noch keine Maßnahmen auslösen (Begr Rn. 10), was allerdings ohne Weiteres bereits aus V S. 1 deutlich wird. Gleichzeitig soll den mit ein bis drei Punkten im FAER gespeicherten FEInhabern frühzeitig vor Augen geführt werden, dass sie bei wiederholt auffälligem Verhalten im StrV irgendwann die sog. Vormerkung verlassen und die erste Maßnahmenstufe erreichen (Begr Rn. 10); auch dafür hätte es des IV nicht bedurft. Eine Mitteilung an den FEInhaber erfolgt auch nicht, solange er ein bis drei Punkte hat. Die Auffassung, im Zusammenhang mit der Vormerkung erfolge eine Mitteilung des KBA an die zuständige FEB, damit der FEInhaber bei der FEB schon einmal für evtl. später zu ergreifende Maßnahmen aktenkundig werde (GVR/*Dronkovic* § 4 StVG Rn. 12), ist unzutreffend; VIII sieht eine derartige Mitteilung nicht vor.
- 69 3. **Maßnahmen nach dem FEigBewSystem.** Während es für das Entstehen von Punkten und deren Speicherung im FAER unerheblich ist, ob der Betr. über eine FE verfügt, werden Maßnahmen nach dem FEigBewSystem **nur gegenüber Inhabern einer FE** ergriffen (V S. 1). Dabei werden auch Zuwiderhandlungen und die damit verbundenen Punkte berücksichtigt, die der Inhaber einer FE nicht als Führer eines Kfz, sondern als anderer Verkehrsteilnehmer begangen hat (Begr Rn. 11). **Sachlich zuständig** für Maßnahmen nach dem FEigBewSystem ist die nach Landesrecht zuständige Behörde, die **FEB** (§ 73 I FeV). Die **örtliche Zuständigkeit** richtet sich nach § 73 II und III FeV (s. § 3 Rn. 26). Werden Ermahnung oder Verwarnung durch eine örtlich unzuständige Behörde ausgesprochen, hat dies in entsprechender Anwendung von § 46 VwVfG keine Auswirkungen auf das spätere Verfahren betreffend die Entziehung der FE (VG Lüneburg 21.2.20 – 1 B 46/19 BeckRS 2020, 2534).
- 70 Die **FEB hat** die in V S. 1 Nr. 1–3 vorgeschriebenen **Maßnahmen zu ergreifen**, wenn die entsprechende Zahl von Punkten einer Maßnahmenstufe (4 oder 5, 6 oder 7, 8 oder mehr als 8) erstmals erreicht ist. Sie hat dabei weder einen Ermessensspielraum (Begr Rn. 12, VG Augsburg 2.12.19 – 7 K 19.1424 DAR 20 161 (163)) noch die Möglichkeit, Ausnahmen zuzulassen (dazu Rn. 77, 100). Die FEB hat die Maßnahmen **stufenweise** zu ergreifen. Damit ist gemeint, dass alle Maßnahmenstufen durchlaufen werden müssen (Begr Rn. 12). Dieses Stufensystem wird im Hinblick auf seine Rechtsfolgen in VI näher präzisiert (VG Lüneburg 21.2.20 – 1 B 46/19 BeckRS 2020, 2534). Keine Maßnahmenstufe darf übersprungen werden (VI S. 1). Die Behörde trägt die Beweislast dafür, dass vor EdF nach V S. 1 Nr. 3 die Maßnahmen der ersten und der zweiten Stufe ergriffen worden sind (OVG Mgd 14.8.20 – 3 M 49/20 BeckRS 2020, 21811).
- 71 a) **Erste Eingriffsstufe (V S. 1 Nr. 1).** Bei Erreichen von **4 oder 5 Punkten** ist der FEInhaber von der FEB zu **ermahnen**. Der Inhalt der Ermahnung ist nicht vorgeschrieben; nach der Begr. (Rn. 13) ist sie die Mahnung, sein Verhalten zu ändern und Verkehrsverstöße zu vermeiden. Zusammen mit der Ermahnung wird der FEInhaber auf die **Möglichkeit der freiwilligen Teilnahme an einem Fahreignungsseminar** hingewiesen (V S. 2 Hs. 1). Die Ermahnung und der gleichzeitige Hinweis auf die Möglichkeit der freiwilligen Teilnahme an einem Fahreignungsseminar erfolgen schriftlich (V S. 1 Nr. 1, § 41 I FeV). Die von der FEB zugrunde gelegten Verkehrszuwerhandlungen sind dabei anzugeben (§ 41 I FeV). Diesem Er-



fordernis wird auch dann genügt, wenn die angegebenen Zuwiderhandlungen nicht dem Stand des FAER zum Zeitpunkt des Ergreifens der Maßnahme entsprechen, weil seit der Mitteilung des KBA gem. VIII S. 1 noch weitere rechtskräftig gewordene und in das Register eingetragene Zuwiderhandlungen hinzugekommen sind (OVG Lüneburg 23.1.14 SVR 14 351 zu § 4 aF). Nach der Begr (Rn. 13) soll die Ermahnung auch einen **Hinweis über den erreichten Punktestand** enthalten. Anders als nach § 4 III S. 1 Nr. 1 aF ist jedoch seit 1.5.14 nicht mehr vorgeschrieben, dass die FEB den Betr über den erreichten Punktestand zu unterrichten hat. Sie ist aber frei, dies zu tun. Wenn die FEB den Betr über den erreichten Punktestand informiert, muss sie über den für das Ergreifen der Maßnahme relevanten Punktestand (V S. 5) unterrichten, der sich vom Punktestand zum Zeitpunkt des Ergreifens der Maßnahme unterscheiden kann (V S. 7).

Bei der Ermahnung handelt es sich mangels Regelung **nicht** um einen **VA** (Begr Rn. 13). 72 Die mit der Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1 ggf. verbundene Mitteilung des Punktestandes erwächst nicht in Bestandskraft und hat deswegen keine Bindungswirkung für nachfolgende Maßnahmen derselben oder einer anderen FEB (s. BVerwG NJW 07 1299 (zust Anm Dauer DAR 07 474) zu § 4 III S. 1 Nr. 1 aF). Sie begründet beim Adressaten kein schutzwürdiges Vertrauen hinsichtlich des angegebenen Punktestandes (OVG Hb NJW 18 1335, VG Stu SVR 16 197). Die Ermahnung nach V S. 1 Nr. 1 ist **gebührenpflichtig** (§ 6a I Nr. 1 StVG, Nr. 209 Anl GebOSt).

Die **Teilnahme** an einem **Fahreignungsseminar** ist **freiwillig**. Die Bereitschaft zur Teilnahme wird jedoch durch die damit verbundene Möglichkeit des **Punktabzugs** (VII S. 1) gefördert, auf den die FEB in ihrem Schreiben hinweisen sollte. Ein besonderes Seminar für FEInhaber, die unter Einfluss von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln am Verkehr teilgenommen haben, gibt es im FEigBewSystem nicht. Näher zum Fahreignungsseminar § 4a StVG, § 42 FeV. **Verkehrsunterricht** nach § 48 StVO ist kein Ersatz für ein Fahreignungsseminar.

**b) Zweite Eingriffsstufe (V S. 1 Nr. 2).** Sind **6 oder 7 Punkte** erreicht, ist der FEInhaber von der FEB zu **verwarnen** (V S. 1 Nr. 2), sofern die Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1 zuvor ergriffen worden war (VI S. 1). Der Inhalt der Verwarnung ist nicht vorgeschrieben. Sie wird wie die Ermahnung den Ratschlag enthalten, das Verhalten zu ändern und Verkehrsverstöße zu vermeiden. Zusammen mit der Verwarnung wird der FEInhaber erneut auf die **Möglichkeit der freiwilligen Teilnahme an einem Fahreignungsseminar** hingewiesen (V S. 2 Hs. 1), nun aber verbunden mit dem Hinweis, dass hierfür kein Punktabzug gewährt wird (V S. 2 Hs. 2), denn dieser ist nur bei einem Punktestand von ein bis fünf Punkten möglich (VII S. 1). Der Hinweis auf die Möglichkeit des freiwilligen Seminarbesuchs erfolgt in dieser Maßnahmenstufe trotz der fehlenden Möglichkeit des Punktabbaus, um den FEInhaber erneut darauf aufmerksam zu machen, dass er durch einen Seminarbesuch sein Verkehrsverhalten verbessern und damit einen weiteren Punkteanstieg vermeiden kann. In der Verwarnung muss der FEInhaber darüber unterrichtet werden, **dass bei Erreichen von 8 oder mehr Punkten die FE entzogen wird** (V S. 3). Die Verwarnung und der gleichzeitige Hinweis auf die Möglichkeit der freiwilligen Teilnahme an einem Fahreignungsseminar erfolgen schriftlich (V S. 1 Nr. 2, § 41 I FeV). Die von der FEB zugrunde gelegten Verkehrszuwiderhandlungen sind dabei anzugeben (§ 41 I FeV). Diesem Erfordernis wird auch dann genügt, wenn die angegebenen Zuwiderhandlungen nicht dem Stand des FAER zum Zeitpunkt des Ergreifens der Maßnahme entsprechen, weil seit der Mitteilung des KBA gem. VIII S. 1 noch weitere rechtskräftig gewordene und in das Register eingetragene Zuwiderhandlungen hinzugekommen sind (OVG Lüneburg 23.1.14 SVR 14 351 zu § 4 aF). Es ist nicht vorgeschrieben, dass die FEB den Betr **über den erreichten Punktestand zu unterrichten** hat. Sie ist aber frei, dies zu tun. Wenn die FEB den Betr über den erreichten Punktestand informiert, muss sie über den für das Ergreifen der Maßnahme relevanten Punktestand (V S. 5) unterrichten, der sich vom Punktestand zum Zeitpunkt des Ergreifens der Maßnahme unterscheiden kann (V S. 7). Die FEB ist bei Ergreifen der Maßnahme nach V S. 1 Nr. 2 **nicht an Punktestände gebunden**, die sie oder eine vorher zuständig gewesene andere FEB dem Betroffenen im Rahmen einer Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1 mitgeteilt hatte, da diese nicht in Bestandskraft erwachsen sind (Rn. 72).

Bei der Verwarnung handelt es sich mangels Regelung **nicht** um einen **VA** (VGH Mü 10.7.19 – 11 CS 19.1018 BeckRS 2019, 15158) Die mit der Maßnahme nach V S. 1 Nr. 2 ggf. verbundene Mitteilung des Punktestandes erwächst nicht in Bestandskraft und hat deswegen keine Bindungswirkung für nachfolgende Maßnahmen derselben oder einer anderen FEB (Rn. 72). Die Verwarnung nach V S. 1 Nr. 2 ist **gebührenpflichtig** (§ 6a I Nr. 1 StVG, Nr. 209 Anl GebOSt).

- 76 c) Dritte Eingriffsstufe (V S. 1 Nr. 3):** Als letzte Eingriffsstufe erfolgt **bei Erreichen von 8 oder mehr Punkten zwingend die EdF** (V S. 1 Nr. 3), sofern die Maßnahme nach V S. 1 Nr. 2 zuvor ergriffen worden war (VI S. 1). Wenn der Betr trotz vorheriger Ermahnung und Verwarnung, trotz Hilfestellungen durch Fahrreignungsseminare, trotz Möglichkeit des Punktabzugs und trotz der Möglichkeit von zwischenzeitlichen Tilgungen im FAER wegen Ablaufs der Tilgungsfristen 8 oder mehr Punkte erreicht, ist davon auszugehen, dass die weitere Teilnahme derartiger Kf am StV für die übrigen VTeilnehmer eine Gefahr darstellen würde. Der FEInhaber gilt dann, ohne Rücksicht auf Zufälligkeiten und möglicherweise vorliegende besondere, entlastende Umstände bei einer oder mehrerer der den Entscheidungen zugrunde liegenden Verstößen als unwiderlegbar ungeeignet (bindende **Fiktion der Ungeeignetheit**) mit der Folge **zwingend vorgeschriebener EdF** (VGH Ma NJW 14 2600, NJW 15 186, NJW 15 2134). Die FEB hat insoweit keinen Ermessensspielraum, weshalb auch für Verhältnismäßigkeitserwägungen grds. kein Raum ist (VGH Mü 10.7.19 – 11 CS 19.1018 BeckRS 2019, 15158, OVG Saarlouis 23.7.20 – 1 B 196/20 BeckRS 2020, 17227). Dies stellt keinen Verstoß gegen das verfassungsmäßige Übermaßverbot dar (Rn. 32). Keine Bindung an strafgerichtliche Entscheidungen gem. § 3 IV S. 1 hinsichtlich der Kraftfahrreignung, da V S. 1 Nr. 3 spezialgesetzlich Ungeeignetheit normiert (Geiger VM 10 88, offen gelassen von VGH Mü ZfS 10 597 (jeweils zu § 4 III S. 1 Nr. 3 aF)).
- 77** EdF wegen Erreichens von 8 Punkten setzt voraus, dass **zuvor die abgestuften Maßnahmen nach V S. 1 Nr. 1 und 2 ergriffen wurden** (V S. 1 *stufenweise*, VI S. 1). Wurden 8 Punkte erreicht oder überschritten, ohne dass die Maßnahme nach V S. 1 Nr. 2 ergriffen wurde, kann die FE nicht nach V S. 1 Nr. 3 entzogen werden. Die Behörde trägt die Beweislast dafür, dass Ermahnung und Verwarnung erfolgt sind (OVG Mgd 14.8.20 – 3 M 49/20 BeckRS 2020, 21811). Von der nach § 6 I Nr. 1 Buchst. w möglichen Zulassung von **Ausnahmen** von V S. 1 Nr. 3 **für atypische Fälle**, in denen die Ungeeignetheitsvermutung nicht gerechtfertigt ist (Begr zu § 6 I Nr. 1 Buchst. w aF BT-Drs. 13/6914 S. 50 = VbBl. 98 774), hat der VOGgeber nicht Gebrauch gemacht (Rn. 100).
- 78** **Keine aufschiebende Wirkung** haben Widerspruch und Anfechtungsklage gegen EdF nach V S. 1 Nr. 3 (IX). Verfassungsrechtliche Bedenken gegen diesen normativen Ausschluss der aufschiebenden Wirkung bestehen nicht, da überwiegende öffentliche Interessen, hier die vorbeugende Gefahrenabwehr gegen ungeeignete und unbefähigte Kf es gebieten, den Rechtsschutzanspruch zurückzustellen (Gehrmann NJW 98 3539 zu § 4 VII S. 2 aF). Nach EdF ist der **Führerschein bei der FEB abzuliefern** (§ 3 II S. 3, 4, näher dazu § 3 Rn. 39 ff.).
- 79 d) Bindung der FEB an rechtskräftige Entscheidungen (V S. 4).** Eine Überprüfung der mit Punkten bewerteten rechtskräftigen Entscheidungen durch die FEB bei Erreichen der jeweiligen Punktzahl für die verschiedenen Eingriffsstufen des V S. 1 Nr. 1–3 findet nicht statt (OVG Münster NZV 06 224 zu § 4 III S. 2 aF). Rechtskräftige Bußgeldbescheide entfalten Bindungswirkung in gleicher Weise wie gerichtliche Entscheidungen auch dann, wenn sie selbst keiner gerichtlichen Überprüfung unterzogen wurden (VGH Ma NJW 14 487 (zu § 4 III S. 2 aF)). Der FEInhaber muss die rechtskräftigen Entscheidungen, abgesehen von möglichen Ausnahmen bei evidenter Unrichtigkeit, unabhängig von der inhaltlichen Richtigkeit gegen sich gelten lassen (VG Würzburg 15.12.14 6 S 14.1245). Die FEB ist bei den Maßnahmen nach V S. 1 Nr. 1–3 an deren Inhalt gebunden (V S. 4). Diese Bindung der FEB gilt auch für die Gerichte, wenn sie über die Rechtmäßigkeit der Maßnahmen der FEB entscheiden (VGH Mü 6.3.07 11 CS 06.3024, OVG Lüneburg NJW 10 1621 (jeweils zu § 4 III S. 2 aF)).
- 79a** Ein anhängig gemachtes **Wiederaufnahmeverfahren** ist allenfalls dann zu berücksichtigen, wenn sich bereits zum Zeitpunkt der Entscheidung feststellen lässt, dass es mit derart hoher Wahrscheinlichkeit zu einem Freispruch führen muss, dass es im Hinblick darauf grob unbillig wäre, trotz der Bindung des V S. 4 an der rechtskräftigen Entscheidung festzuhalten (VG Br 20.11.12 5 V S. 1034/12 zu § 4 III S. 2 aF). Wenn auf einen entsprechenden Antrag hin **Wiedereinsetzung in den vorigen Stand** gewährt wurde und das Einspruchsverfahren deshalb noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist, ist die Rechtskraft eines Bußgeldbescheids beseitigt und der Betr muss diesen nicht mehr gegen sich gelten lassen; dies führt zu einer rückwirkenden Korrektur des Punktestandes (OVG Schleswig 27.1.17 – 4 MB 3/17 ZfS 17 238 = NZV 17 293, OVG Münster 25.7.17 – 16 B 432/17 NWVBl 18 77 = VM 18 14, OVG Lüneburg 10.8.20 – 12 LB 64/20 BeckRS 2020, 19863). Daran ändert sich nichts, wenn die Tat später wiederum rechtskräftig geahndet wurde, denn der Eintritt einer bislang fehlenden Rechtskraft wirkt nicht auf einen früheren Zeitpunkt zurück (OVG Lüneburg 10.8.20 – 12 LB 64/20 BeckRS 2020,

19863). Die bloße **Stellung eines Wiedereinsetzungsantrags** führt noch nicht zur Durchbrechung der Rechtskraft eines bereits bestandskräftig gewordenen Bußgeldbescheids, sondern erst die Gewährung der Wiedereinsetzung (VGH Mü 8.7.19 – 11 CS 19.1102 BeckRS 2019, 15166). Ist bestandskräftig über eine Maßnahme nach V S. 1 entschieden worden und wird die Bußgeld- oder Strafsentscheidung in Wiederaufnahmeverfahren oder nach Wiedereinsetzung in den vorigen Stand hinsichtlich versäumter Rechtsmittelfristen aufgehoben, kommt Rücknahme (§ 48 VwVfG) des auf den entsprechenden Punkten aufbauenden Bescheids in Betracht (Zwenger ZfS 09 129 zu § 4 III S. 2 aF).

**e) Relevanter Punkttestand für das Ergreifen von Maßnahmen.** Der für das Ergreifen der jeweiligen Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1–3 entscheidende Punkttestand ist der Punkttestand, der sich im Zeitpunkt der Begehung der letzten zum Ergreifen der Maßnahme führenden Straftat oder OWi ergeben hat (V S. 5). Darunter ist die zeitlich zuletzt begangene Tat zu verstehen (OVG Lüneburg 21.11.16 12 ME 156/16 = NZV 17 104). Mit II S. 3 und V S. 5 hat der GGesber das **Tattagprinzip** normiert (VGH Ma NZV 16 198, NJW 16 1259, VRS 131 156, VGH Mü VRS 129 27). Die FEB hat somit retrospektiv auf den Tag der Begehung der letzten Zuwiderhandlung abzustellen, die mit ihrer Punktebewertung das Erreichen einer Maßnahmenstufe und damit eine Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1–3 auslöst (Begr Rn. 14). Die Feststellung dieses Punkttestandes kann idR erst mit erheblichem Zeitverzug erfolgen, da Punkte zwar im Zeitpunkt der Tat entstehen, dies aber nur, wenn die Tat später rechtskräftig geahndet wird (II S. 3). Die FEB kann also erst tätig werden, wenn sie nach Rechtskraft der Entscheidung über die Tat von dieser Kenntnis erhält und dann rückblickend feststellt, dass mit der Tat erstmals eine Punkteschwelle überschritten worden ist, die eine Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1–3 auslöst. Wird die FEB über die rechtskräftige Ahndung einer neuen Tat unterrichtet, muss sie prüfen, ob die mit dieser Zuwiderhandlung verbundenen Punkte zusammen mit anderen, am Tattag der neuen Tat im FAER noch nicht getilgten oder tilgungsreifen Punkten aus anderen Straftaten oder OWi zum erstmaligen Erreichen einer Maßnahmenstufe führen (Begr Rn. 14).

Durch ÄndG v. 28.11.14 (BGBl. I S. 1802) wurde mit **V S. 6 Nr. 1** klargestellt, dass bei der Berechnung des Punkttestandes Zuwiderhandlungen **unabhängig** davon zu berücksichtigen sind, ob nach deren Begehung **bereits Maßnahmen ergriffen** worden sind. Dadurch soll verdeutlicht werden, dass Verkehrsverstöße auch dann mit Punkten zu bewerten sind, wenn sie vor der Einleitung einer Maßnahme des FEigBewSystems begangen worden sind, bei dieser Maßnahme aber noch nicht verwertet werden konnten, etwa weil deren Ahndung erst später Rechtskraft erlangt hat oder sie erst später im FAER eingetragen worden oder der FEB zur Kenntnis gelangt ist (Begr BT-Drs 18/2775 S. 10, BVerwG NJW 17 2933, VGH Mü VRS 129 27, NJW 16 3193, OVG Hb NJW 18 1335). Maßgebend für die Rechtmäßigkeit einer Maßnahme der FEB nach V S. 1 Nr. 1–3 ist der **Kenntnisstand**, den die FEB bei Ergreifen der jeweiligen Maßnahme hat (BVerwG NJW 17 2933, OVG Hb NJW 18 1335).

Bei der Berechnung des Punkttestandes für den relevanten Zeitpunkt der letzten Tat, die zum erstmaligen Erreichen einer Maßnahmenstufe führt, dürfen bei der Zusammenrechnung der Punkte nur diejenigen Punkte aus Zuwiderhandlungen berücksichtigt werden, deren **Tilgungsfrist** gem. § 29 in diesem Zeitpunkt **noch nicht abgelaufen** war (V S. 6 Nr. 2). War die Tilgungsfrist bereits abgelaufen, die Überliegefrist (§ 29 VI S. 2) aber noch nicht, werden die Zuwiderhandlung und die mit ihr verbundenen Punkte bei der Berechnung des Punkttestandes nicht berücksichtigt (OVG Berlin 31.8.18 – 1 S 54.18 NJW 19 103 Ls, MüKoStVR/Buchardt § 4 StVG Rn. 28, Koehl NJW 18 1281 (1283)).

Um eine Maßnahme nach V S. 1 Nr. 1–3 auszulösen reicht es aus, dass der FEInhaber den für das Erreichen einer Maßnahmenstufe notwendigen **Punkttestand einmal erreicht hat**. Reduziert sich der Punkttestand danach aufgrund von Tilgungen wieder, bleibt dies für das Ergreifen der Maßnahme außer Betracht (V S. 7, VGH Ma NJW 14 2600, OVG Münster DAR 15 37, NJW 15 1772, OVG Bautzen 9.7.18 3 B 131/18 VRS 134 21, OVG Mgd 4.9.18 3 M 307/18). Dies ist Konsequenz des Tattagprinzips: Maßnahmen werden bezogen auf den Tattag ergriffen und nicht bezogen auf den aktuellen Punkttestand am Tag des Ergreifens der Maßnahme durch die FEB (Begr Rn. 15). War ein bestimmter, eine Maßnahme auslösender Punkttestand einmal erreicht, hat die FEB die Maßnahme somit auch dann zu ergreifen, wenn bis zum Tätigwerden der Behörde durch Tilgung bereits wieder eine Reduzierung des Punkttestandes erfolgt ist, durch die der FEInhaber in den Punkttestand einer früheren Stufe oder in das Stadium der sog Vormerkung oder auf den Punkttestand Null zurückgefallen ist. Dies gilt für alle drei Maßnahmenstufen (Begr Rn. 15). Der **Ablauf einer längeren Zeit** nach Erreichen der jeweiligen Punkteschwelle



oder nach tilgungsbedingter Unterschreitung der erreichten Schwelle führt nicht dazu, dass die in V S. 1 Nr. 1–3 zwingend vorgeschriebenen Maßnahmen nicht mehr verfügt werden dürften (s. VGH Mü DAR 14 281 zu § 4 aF). Auch **Änderung des Punktestandes im Widerspruchsverfahren** ist irrelevant und ist bei der Beurteilung der Rechtmäßigkeit der Maßnahmen nicht zu berücksichtigen.

- 83a Die **Löschung einer Eintragung** nach **Ablauf der Überliegefrist** zieht für das Ergreifen von Maßnahmen nach V S. 1 Nr. 1–3 ein Verwertungsverbot gem. § 29 VII S. 1 nach sich, denn das absolute Verwertungsverbot des § 29 VII S. 1 überlagert und begrenzt das in V S. 5–7 geregelte Tattagsprinzip des Fahreignungs-Bewertungssystems (BVerwG 18.6.20 – 3 C 14.19 NJW 20 2974, VGH Mü 6.10.17 – 11 CS 17.953 NZV 18 47, 6.10.17 – 11 CS 17.1144 NJW 18 883, Hillebrand VGT 19 9 (14 f.) = ZfS 19 550 (552 f.)). V S. 7 ist keine das Verwertungsverbot des § 29 VII S. 1 StVG durchbrechende Spezialvorschrift und auch nicht analog auf Verringerungen des Punktestandes aufgrund von Löschungen anzuwenden (OVG Lüneburg 22.2.17 – 12 ME 240/16 NJW 17 1769 Ls, VGH Mü NZV 18 47, NJW 18 883, 18.6.19 – 11 ZB 18.778 BeckRS 2019, 43002). Hätte der GGeber gewollt, dass entgegen dem Verwertungsverbot des § 29 VII S. 1 nicht nur die spätere Tilgung, sondern auch die spätere Löschung einer Eintragung für das Ergreifen der im Fahreignungs-Bewertungssystem vorgesehenen Maßnahme irrelevant sein sollen, hätte es das rechtsstaatliche Gebot der Normenklarheit verlangt, dass er dies in V S. 5–7 eindeutig zum Ausdruck bringt (BVerwG 18.6.20 – 3 C 14.19 NJW 20 2974). Ist eine Eintragung im FAER wegen Ablaufs der Überliegefrist gelöscht, steht das der Verwertung zum Zweck der EdF nach § 4 V auch dann entgegen, wenn die Löschung nur zum Zeitpunkt der Entziehungsentcheidung der FEB gegeben war, nicht aber bereits zu dem in V S. 5 bezeichneten Zeitpunkt (OVG Lüneburg 22.2.17 – 12 ME 240/16 NJW 17 1769 Ls). Die früher vertretene Gegenansicht, wonach das in § 29 VII S. 1 angeordnete Verwertungsverbot durch V S. 5 kraft Spezialität verdrängt wird (OVG Bautzen 29.11.17 – 3 B 274/17 NJW 18 1337, 9.7.18 – 3 B 131/18 VRS 134 21, VG Mü 4.9.17 26 S 17.3378 NZV 18 95), ist durch BVerwG 18.6.20 – 3 C 14.19 NJW 20 2974 überholt.

- 84 f) **Erreicht der Betroffene wiederholt den in V S. 1 Nr. 1 oder 2 genannten Punktestand** infolge zwischenzeitlicher Reduzierung auf Grund Tilgung oder Punktabzug und erneuten Anstiegs, ist die jeweils vorgesehene Maßnahme erneut zu ergreifen, da der relevante Punktestand sich jeweils durch Anstieg erneut ergibt. Dies soll durch den Begriff *Summierung* in V S. 1 ausdrücklich verdeutlicht werden (Begr BT-Drs. 17/12636 S. 42 = VkBl. 13 1143). Die einzelnen Maßnahmenstufen können dadurch auch mehrmals durchlaufen werden. Dagegen ist die Maßnahme nicht nochmals zu ergreifen, wenn die Grenze nicht erneut durch *Anstieg* erreicht oder überschritten wird, sondern der Punktestand (durch Tilgung oder Punktabzug) auf den betreffenden Bereich *fällt*, da sich der Punktestand dann nicht durch Summierung ergeben hat (Begr BT-Drs. 17/12636 S. 42 = VkBl. 13 1143). Die Maßnahme ist auch dann nicht nochmals zu ergreifen, wenn sich der Punktestand nur innerhalb des Rahmens der betreffenden Eingriffsstufe erhöht (von 4 auf 5 oder von 6 auf 7 Punkte), weil Maßnahmen nach V S. 1 Nr. 1–3 nur bei erstmaligem Erreichen einer Maßnahmenstufe zu ergreifen sind (Begr Rn. 13).

- 85 4. **Kein Überspringen der Maßnahmenstufen, Rückstufung der Punktezahl.** Abs. VI stellt sicher, dass keine der Maßnahmenstufen übersprungen wird und dass bei Nachholung einer nicht erfolgten Maßnahme der Punktestand grds. an die jeweilige Maßnahmenstufe angepasst wird. Mit der Neufassung der V und VI in der ab 5.12.14 geltenden Fassung wollte der GGeber eine **Abkehr von der Warn- und Erziehungsfunktion** des Systems erreichen (BVerwG NJW 17 2933, OVG Bautzen SächsVBl 15 255, 18.5.20 – 6 B 330/19 BeckRS 2020, 11759, VGH Mü VRS 129 27, NJW 16 2283, NJW 16 3193, 8.3.18 11 BV 17.2414 = NJW 18 1771 Ls, OVG Münster VRS 129 164). Der Aspekt aus dem früheren Punktsystem, dass den Betr alle vorgesehenen Warnungen und Hinweise auf Hilfsmöglichkeiten erreichen sollten, bevor es zu einer EdF bei Erreichen von 8 Punkten kommt, spielt heute im FEigBewSystem keine Rolle mehr. Nach der Begr zur Neufassung des VI durch ÄndG v. 28.11.14 (BGBl. I S. 1802) kommt es im FEigBewSystem nicht mehr darauf an, dass eine Maßnahme den Betr vor der Begehung weiterer Verstöße erreicht und ihm die Möglichkeit zur Verhaltensänderung einräumt, bevor es zu weiteren Verstößen kommt (Begr Rn. 24, VGH Mü NJW 16 890). Die **Maßnahmenstufen** dienen nach dem Willen des GGebers nunmehr in erster Linie der **Information** des Betroffenen, stellen also lediglich eine Information über den Stand im System dar (Begr Rn. 24, BVerwG NJW 17 2933, OVG Bautzen SächsVBl 16 84, krit dazu Pießkalla NZV 17 261). Der Wechsel von der Warn- und Erziehungsfunktion der Maßnahmenstufen sowie der Bonusrege-